

Niederschrift

über die

9. Sitzung des Kreistages

am

Mittwoch, dem 10.12.2025

N i e d e r s c h r i f t**Vorbemerkungen**

- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Sitzungsbeginn: | 14:36 Uhr |
| 2. Ende der Sitzung: | 17:37 Uhr |
| 3. Ort der Sitzung: | Großer Sitzungssaal (4. Stock)
Kreisverwaltung Ahrweiler |

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzende:

Frau Cornelia Weigand

Landrätin

Mitglieder des Kreistages:

Herr Günter Bach	SPD	
Frau Natalie Baum	CDU	
Herr Ulrich van Bebber	FDP	
Herr Johannes Bell	FWG	
Herr Georg Bläser	CDU	
Herr Wilhelm Busch	CDU	
Frau Elisabeth Dahr	FWG	
Herr Ralf Degen	FWG	
Herr Guido Ernst	CDU	
Herr Reiner Friedsam	FWG	
Herr Mathias Heeb	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hans-Jürgen Juchem	CDU	ging nach TOP 13
Herr Martin Kallweitt	AfD	
Herr Jörn Kampmann	SPD	
Herr Frank Klapperich	SPD	
Herr Michael Korden	CDU	ging nach TOP 13
Herr Fritz Langenhorst	SPD	
Frau Eva Lanzerath	CDU	
Herr Hans-Josef Marx	FWG	
Frau Marion Morassi	Die Linke	
Herr Friedhelm Münch	FWG	
Frau Verena Örenbas	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Axel Ritter	WKA	
Herr Jan Ritter	CDU	
Herr Christoph Scheuer	Bündnis 90/Die Grünen	ging nach TOP 13
Herr Andreas Schmitt	SPD	
Herr Christoph Schmitt	SPD	
Herr Eugen Schmitt	CDU	
Herr Michael Schneider	CDU	
Herr Jürgen Schwarzmann	CDU	
Herr Gregor Sebastian	FWG	
Herr Wolfgang Seidler	AfD	
Herr Dominik Graf von Spee	FDP	
Herr Udo Stratmann	CDU	
Frau Birgit Stupp	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dirk Tepper	AfD	
Frau Pia Wasem	CDU	
Frau Dr. Natalie Wendisch	Bündnis 90/Die Grünen	

Kreisbeigeordnete:

Frau Kreisbeigeordnete Sabine Glaser	SPD
Frau Kreisbeigeordnete Christina Steinhausen	FDP

Geschäftsbereichsleitende:

Frau Anja Toenneßen

Fachbereichsleitende:

Frau Siglinde Hornbach-Beckers
Frau Almut Schepers
Herr Erich Seul

Schriftführer:

Herr Christian Müller

Mitarbeitende der Verwaltung:

Herr Arno Müller
Herr Julian Neißner
Herr Gerrit Schmickler

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder des Kreistages:**

Herr Frank Bender	AfD
Frau Susanne Müller, MdL	SPD
Herr Ingo Nawa	AfD
Frau Sarah Röbel	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Petra Schneider, MdL	CDU
Frau Elke Surges	CDU
Herr Marcel Werner	CDU

Kreisbeigeordnete:

Herr Erster Kreisbeigeordneter Horst Gies, MdL CDU

N i e d e r s c h r i f t

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand
	Öffentliche Sitzung:
1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beendigung der Mitgliedschaft des Landkreises Ahrweiler im "Aktionsbündnis Silent Rider"; Antrag der AfD-Fraktion vom 09.11.2025
3.	Erweiterung der Tourismus-Kooperation Ahrtal um die Stadt Remagen
4.	Bericht der Besuchskommission nach § 15 PsychKHG
5.	Kreisentwicklungsprogramm für den Landkreis Ahrweiler
6.	Abwälzung von Forderungen des Zweckverbandes REK; Erlass einer Abwälzungssatzung und Änderung der Anstaltssatzung der AWB Ahrweiler AöR
7.	Feststellung des Jahresabschlusses 2024 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler
8.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 der Abfallwirtschaftsbetrieb Ahrweiler AöR
9.	Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler
10.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
11.	Haushaltsberatungen 2026; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltsplan Gertrud-Pons-Stiftung
12.	Anfragen nach § 19 Geschäftsordnung
13.	Einwohnerfragestunde
	Nichtöffentliche Sitzung:
14.	Rechnungen des Deutschen Roten Kreuzes

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
---	---

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 10.10.2025 wurden keine Einwendungen erhoben.

Es gab folgende Anträge zur Änderung der Tagesordnung:

Die AfD beantrage, den Tagesordnungspunkt 14 „Rechnungen des Deutschen Roten Kreuzes“ im öffentlichen Teil zu behandeln.

Gemäß § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistages war eine Beratung in nichtöffentlicher Sitzung jedoch geboten, weshalb eine Abstimmung über den Antrag entfiel.

2	Beendigung der Mitgliedschaft des Landkreises Ahrweiler im "Aktionsbündnis Silent Rider"; Antrag der AfD-Fraktion vom 09.11.2025
---	--

Nach einleitenden Worten übergab die Vorsitzende das Wort an Herrn Kallweitt (AfD), der den Antrag der AfD-Fraktion erläuterte. Es folgte eine Wortmeldung von Herrn Dr. Ritter (WKA).

Antrag der AfD-Fraktion:

Der Kreistag beschließt den sofortigen Austritt aus dem „Aktionsbündnis Silent Rider“.

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 36
Enthaltungen: 0

Antrag mehrheitlich abgelehnt

3	Erweiterung der Tourismus-Kooperation Ahrtal um die Stadt Remagen
---	---

Nach einleitenden Worten der Vorsitzenden folgte eine Wortmeldung von Herrn Dr. Ritter (WKA).

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Beitritt der Stadt Remagen zur „Tourismus-Kooperation Ahrtal“ zu.

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

mehrheitlich beschlossen

4	Bericht der Besuchskommission nach § 15 PsychKHG
---	--

Nach einleitenden Worten der Vorsitzenden folgte eine Wortmeldung von Herrn Dr. Ritter (WKA).

Ergebnis:

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

5	Kreisentwicklungsprogramm für den Landkreis Ahrweiler
---	---

Nach einleitenden Worten der Vorsitzenden folgten Wortmeldungen von Herrn Dr. Ritter (WKA) und Herrn Münch (FWG).

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und delegiert die abschließende Entscheidung zur Erarbeitung eines Kreisentwicklungsprogramms an den Kreis- und Umweltausschuss.

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

mehrheitlich beschlossen

6	Abwälzung von Forderungen des Zweckverbandes REK; Erlass einer Abwälzungssatzung und Änderung der Anstaltssatzung der AWB Ahrweiler AöR
---	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt folgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt

- die vorgelegte Satzung des Landkreises Ahrweiler über die Abwälzung der Verbandsumlage des Zweckverbandes Rheinische Entsorgungs-Kooperation (REK) mit der Änderung, dass im Satz 4 der Präambel der Zusatz „NRW“ nach dem Verweis auf das Kommunalabgabengesetz ergänzt wird sowie
- die vorgelegte Satzung zur 1. Änderung der Anstaltssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebs Kreis Ahrweiler AöR vom 21.10.2024.

einstimmig beschlossen

7	Feststellung des Jahresabschlusses 2024 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler
---	--

Nach einleitenden Worten der Vorsitzenden folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler zum 31.12.2024 mit einer Bilanzsumme von 31.254.382,73 € und einem Jahresgewinn von 773.104,02 € fest.

Der Jahresgewinn von 773.104,02 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

einstimmig beschlossen

8	Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 der Abfallwirtschaftsbetrieb Ahrweiler AöR
---	--

Nach einleitenden Worten der Vorsitzenden folgten Wortmeldungen von Herrn Münch (FWG), Herrn Stratmann (CDU) und Herrn van Bebber (FDP). Die Vorsitzende antwortete hierzu.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Wirtschaftsplan 2026 zu.

einstimmig beschlossen

9	Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2024 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler
---	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt folgten keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2024 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler mit einer Bilanzsumme von 150.559.979,99 Euro und einem Jahresüberschuss von 1.259.947,05 Euro fest. Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2024 wird an den Einrichtungsträger Landkreis Ahrweiler ausgeschüttet.

einstimmig beschlossen

10	Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
11	Haushaltsberatungen 2026; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltsplan Gertrud-Pons-Stiftung

Die Mitglieder des Kreistages erklärten sich mit dem Vorschlag der Vorsitzenden einverstanden, die Tagesordnungspunkte 10 „Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement“ und 11 „Haushaltsberatungen 2026; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltsplan Gertrud-Pons-Stiftung“ gemeinsam zu beraten.

Die Vorsitzende nahm zum vorgelegten Haushaltsentwurf 2026, zum Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement sowie zu den Einzelanträgen der Fraktionen Stellung.

An der Haushaltsdebatte beteiligten sich Frau Baum (CDU), Herr Münch (FWG), Herr C. Schmitt (SPD), Frau Stupp (Bündnis 90/Die Grünen), Herr Kallweitt (AfD), Herr van Bebber (FDP), Frau Morassi (Die Linke), Herr Dr. Ritter (WKA), die Vorsitzende, Herr Schneider (CDU), Herr Seul (Fachbereichsleiter I) und Herr Kallweitt (AfD), der folgenden Antrag stellte.

Antrag der AfD-Fraktion:

Die Sitzung des Kreistages wird für 15 Minuten unterbrochen.

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 36
Enthaltungen: 0

Antrag mehrheitlich abgelehnt

An der weiteren Debatte beteiligten sich Herr Marx (FWG), Herr Schneider (CDU) und die Vorsitzende.

Wirtschaftsplan ESG

Beschluss zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement:

Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler in der vorliegenden Fassung.

Ja-Stimmen: 39

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 0

mehrheitlich beschlossen

Haushaltssatzung/Haushaltsplan

Einzelanträge zum Haushalt:

Antrag der Verwaltung:

1. Im Rahmen der KGSt-Organisationsuntersuchung im Jugendamt werden folgende Stellenmehrungen im Stellenplan 2026 im Teilhaushalt 9 eingestellt:

- 6,0 S 14 Stellenmehrung im Bereich Allgemeiner Sozialer Dienst / Pflegekinderdienst
- 1,5 S 12 Stellenmehrung im Bereich Eingliederungshilfe

Für diese zusätzlichen Stellen werden im Haushalt Mehrkosten von 256.200 Euro eingeplant.

2. Die Stelle der Fachbereichsleitung 2 wird im Stellenplan 2026 im Teilhaushalt 1 in eine Beamtenstelle nach A 15 umgewandelt.

3. Im Teilhaushalt 14 wird eine Ersatzplanstelle kw 12/2027 als Abwesenheitsvertretung im Bereich Gewässerwiederherstellung eingestellt.

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 0

Antrag mehrheitlich angenommen

Gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD- und FDP-Fraktionen:

1. Zusätzliche Stellen werden nur genehmigt für die Bereiche/Aufgaben:

- Soziales, Jugend (Teilhaushalte 8 und 9), das sind jetzt 4,625 Stellen zuzüglich der neu auf Grundlage der KGSt geforderten 7,5 Stellen. Die Rechnungsstelle (EG6) und E Rechnungsverfahren (EG5) werden befristet, und möglichst mit Menschen mit Behinderung besetzt. Insgesamt sind das 12,125 Stellen.
- Bauen (Teilhaushalt 12): 4 Stellen.
- extern geförderte und finanzierte Stellen (Teilhaushalt 7 und 11): 2,5 Stellen. Diese werden mit einem kw-Vermerk versehen entsprechend der geförderten Zeit

Insgesamt sind dies 18,625 zusätzliche Stellen.

2. Alle Forderungen für zusätzliche Stellen (weitere 11,1) werden abgelehnt.

3. Ebenso werden alle Entfristungen und Verlängerungen von Stellen mit kw-Vermerk abgelehnt.

4. Der Haushaltsansatz für die Personalkosten wird um 1 Million € gekürzt, dies ergibt sich aus den verringerten Stellenanforderungen und der Erfahrung, dass die Stellenbesetzung längere Zeit in Anspruch nimmt.

5. Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, etwaigen zusätzlichen Stellenbedarf durch interne Optimierungen, Digitalisierung, Rationalisierung und Umsetzungen abzufangen. Die angestoßenen KGSt-Untersuchungen bieten hier eine Grundlage. Insbesondere im Bereich der Verwaltung können 2 freiwerdende Stellen im Personalbereich genutzt werden, da die damit verbundenen Aufgaben vom AWB übernommen werden.

Ebenso ist zu berücksichtigen, dass derzeit noch 30 Stellen unbesetzt sind. Im Ergebnis können also in den nächsten Monaten noch 30 zusätzliche Beschäftigte eingestellt werden.

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 10

Enthaltungen: 0

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag der FDP-Fraktion:

Globale Einsparung im IT-Bereich
100.000,00 €

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 2

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, innovative Ideen und Projekte im Bereich der Pflege zu entwickeln. Hierzu sollten neben eigenen Haushaltsmitteln in Höhe von bis zu 10.000 € aus dem TH 8 (unter der Buchungsstelle 31691.557900) auch Fördermittel (z.B. für regionale Demografiestrategien) beim Land RLP genutzt bzw. beantragt werden. Ziel ist die Stärkung der vorhandenen Pflegestrukturen im Kreis sowie der Auf- und Ausbau passgenauer und innovativer Angebote vor allem im ländlichen Raum. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, regelmäßig (erstmalig in 2026) im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Demografischen Wandel über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Antrag einstimmig angenommen

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Kreistag beschließt, den Zuschuss für das Frauenhaus Ahrweiler für das Haushaltsjahr 2026 und die Folgejahre um rund 50 % auf 120.000 Euro jährlich zu erhöhen.

Antrag einstimmig angenommen

Antrag der FDP-Fraktion:

Optimierung im Bereich Hilfe für junge Volljährige, § 41 SGB VIII (3 Fälle)
225.000,00 €

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 1

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag der FDP-Fraktion:

Optimierung im Bereich Sozialpädagogische Familienhilfe, § 31 SGB VIII (8 Familien)
156.000,00 €

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 1

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag der FDP-Fraktion:

Projekt Soziale Gruppenarbeit Sinzig, § 35a SGB VIII – 1 VZÄ (82.000 EUR) ./ 3 Integrationshilfen (97.200 EUR) 15.200,00 €

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 3

Enthaltungen: 1

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag der FDP-Fraktion:

Die Landrätin wird beauftragt, gemeinsam mit den Kommunen ein kreisweites Gesamtkonzept für die Einrichtung bzw. den Erhalt und den Betrieb von Schwimmbädern im Kreis Ahrweiler zu entwickeln mit dem Ziel, den Schwimmunterricht der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Der Antrag wird in den KUA verwiesen.

Antrag einstimmig angenommen

Antrag der CDU-Fraktion:

In den Haushalt werden Gutachter- bzw. Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro eingestellt für eine externe Überprüfung der ÖPNV-Konzeption des Kreises Ahrweiler.

Ja-Stimmen: 35

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 4

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag der FDP-Fraktion:

Die Landrätin wird beauftragt, zusammen mit den Kommunen zu prüfen, inwieweit die angekündigten Landeszuschüsse aus dem Sondervermögen für Investitionen in Höhe von rund 107 Millionen € über 12 Jahre für die im Rahmen des Gewässerzweckverbandes vorgesehenen Hochwasser-Rückhaltebecken verwendet werden können.

Der Antrag wird in den KUA verwiesen.

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 9

Enthaltungen: 0

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag der FDP-Fraktion:

Reduzierung der allgemeinen Geschäftsaufwendungen im Bereich Wirtschafts- und Tourismusförderung um 10 %, d.h. eine Einsparung von 6.000 Euro.

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 3

Enthaltungen: 1

Antrag mehrheitlich angenommen

Antrag der FDP-Fraktion:

Ausschüttung des Gewinns aus der Tätigkeit der Solarstrom Ahrweiler GmbH in Höhe von rd. 374.000 Euro an den Landkreis.

Antrag einstimmig angenommen

Beschluss über den Gesamthaushalt:

1. Auf der Grundlage der §§ 17 und 57 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S 188) in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S. 153) in der jeweils geltenden Fassung beschließt der Kreistag

I. die Haushaltssatzung des Landkreises Ahrweiler für das Jahr 2026 wie folgt:**§ 1****Ergebnis- und Finanzhaushalt**

Festgesetzt werden

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	352.654.868 Euro
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	380.328.189 Euro
der Jahresfehlbetrag auf	-27.673.321 Euro

2. im Finanzhaushalt

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	-22.907.859 Euro
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	5.924.000 Euro
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	14.765.950 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-8.841.950 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	31.749.809 Euro.

§ 2**Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	0 Euro
verzinsten Kredite auf	8.841.950 Euro
zusammen auf	8.841.950 Euro

§ 3**Verpflichtungsermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird festgesetzt auf 1.665.000 Euro.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf 1.405.000 Euro.

§ 4**Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung**

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf 87.947.000 Euro.

§ 5**Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen**

Die Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen mit Sonderrechnungen werden festgesetzt auf

1. Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf 10.896.370 Euro.
2. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf 5.000.000 Euro.
3. Verpflichtungsermächtigungen des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf 0 Euro

darunter:

Verpflichtungsermächtigungen des Eigenbetriebes Schul- und

Gebäudemanagement, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen 0 Euro.

§ 6 Kreisumlage

Gemäß § 25 Abs. 2 Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) vom 30. November 1999 (GVBl. S. 415), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.10.2025 (GVBl. S. 585), erhebt der Landkreis von allen kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden eine Kreisumlage.

Der Umlagesatz wird auf 43,65 v.H. festgesetzt.

Die Kreisumlage ist gemäß § 31 Abs. 2 LFAG mit je einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11.2026 fällig.

<u>Nachrichtlich:</u>	Kreisumlageaufkommen 2025	81.712.718 Euro
	Kreisumlageaufkommen 2026	86.929.029 Euro

§ 7 Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug nach dem zuletzt festgestellten Jahresabschluss per 31.12.2022 rd. - 26.644.451,62 Euro. Unter Berücksichtigung der Planzahlen der Haushaltsjahre 2023 bis 2026 beläuft sich das Eigenkapital zum 31.12.2026 voraussichtlich auf -105.713.027 Euro.

§ 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Auf über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO finden § 2 Abs. 2 Ziffer 3 und § 3 Ziffer 1 der Hauptsatzung des Landkreises Ahrweiler Anwendung.

§ 9 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 60.000 Euro sind im jeweiligen Teilhaushalt einzeln darzustellen.

§ 10 Altersteilzeit

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamten wird nicht zugelassen.

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	0

mehrheitlich beschlossen

II. das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2026 bis 2029

in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Ja-Stimmen: 36

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 0

mehrheitlich beschlossen

III. den Haushaltsplan 2026 der Gertrud-Pons-Stiftung

in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

Ja-Stimmen: 40

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

einstimmig beschlossen

An dieser Stelle wurde eine Sitzungsdauer von 2,5 Stunden erreicht, sodass gemäß § 20 Abs. 5 der Geschäftsordnung zur Abstimmung gestellt wurde, ob die Sitzung abgebrochen wird.

Ja-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 36

Enthaltungen: 0

Mehrheitlich abgelehnt

12	Anfragen nach § 19 Geschäftsordnung
----	-------------------------------------

Zur Sitzung des Kreistages am 10.12.2025 wurden keine Anfragen nach § 19 der Geschäftsordnung durch die Verwaltung beantwortet.

13	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

Es lagen keine Anfragen der Einwohner vor.